

WIE MENSCHEN ÜBERFLÜSSIG GEMACHT WERDEN

5 Wenn Unternehmen keine Gewinne mehr oder sogar Verluste machen, dann kann man an den Ursachen noch so viel herumdeuten: Die Ursache wird von den Profis in Sachen Profit *praktisch* dingfest gemacht. Sie heißt allemal: *Die Arbeit war zu teuer und die Leistung zu gering*. Nach diesem Grundsatz wird *gehandelt*; und die öffentlich gepflegte *Ideologie* hat sich den Fortschritten dieser Praxis längst angepaßt. Wenn die Betriebe ihre steigenden Umsätze mit immer weniger Leuten bewerkstelligen, dann ist es natürlich immer nur um deren Wohlergehen gegangen, nämlich um die Rettung ihrer Arbeitsplätze. Für die Ewigkeit sind die natürlich nicht sicher: Jeder kann jederzeit geopfert werden - für die "Sicherheit" der übrigen... Steigen dann die Gewinne so, daß sogar die für die Steuerprüfung angefertigten Bilanzen um "schwarze Zahlen" nicht herkommen, dann hört diese Sorte "Arbeitsplatzsicherung" keineswegs auf. Vielleicht hat die Unternehmensleitung ja nur noch nicht gemerkt, daß die Arbeit eigentlich schon zu teuer und die Arbeitsleistung zu gering ist? Auf alle Fälle verlangt *der Erfolg* zu seiner Sicherung gebieterisch stets haargenau dasselbe wie die „Bewältigung der Sünden der Vergangenheit“: mehr Arbeit für weniger Geld, also weniger Arbeiter, die für geringeren Lohn mehr leisten.

10 Es hat also durchaus seine kapitalistische Ordnung, daß die "Krisenbranche" Stahl und die "Erfolgsbranche" Auto zur Zeit gleichermaßen zur steigenden Arbeitslosenzahl beitragen. Der Unterschied zwischen Boom und Konkurs macht für die Lebenslage der Arbeiter eben keinen Unterschied aus.

20 Der Fall Stahlindustrie

"Rettung von Arbeitsplätzen" bei Arbed-Saarstahl

25 Mit einem einige hundert Millionen schweren Zuschuß sorgte die Bundesregierung dafür, daß die Sanierung des Stahlkonzerns Arbed im Saarland weitergeht - bis endgültig nichts mehr geht oder aber die Firmengewinne wieder reichen. Die Millionen werden nicht umsonst gegeben. Zu zahlen haben dafür - die Arbeiter des Unternehmens.

Die Interessen der Belegschaft

30 wurden folgendermaßen befriedigt:

- Von den 17.000 Beschäftigten scheiden 5.260 bis 1986 aus, davon 1.000 noch in diesem Jahr.

35 - Die für Massenentlassungen vorgeschriebenen Ausgleichszahlungen werden so gesenkt, daß das Arbeitslosengeld nicht mehr auf 90%, sondern auf durchschnittlich 82% vom Nettolohn aufgestockt wird. Offenbar ist man der Meinung, daß es bei "Bezügen" unter 1.100.- DM auf einen Hunderter weniger auch nicht mehr ankommt.

- Dieselbe menschenfreundliche Regelung gilt für die Abfindungen aus früheren Sozialplänen. Rechtsansprüche auf Almosen sind eben eine höchst unsichere Sache.

- Die Weiterbeschäftigten dürfen sich auf rasante Lohnkürzungen gefaßt machen: Das Unternehmen scheidet aus dem Tarifverband der Stahlindustrie aus und hat Haustarife zu vereinbaren, die die Arbeit deutlich billiger machen. Noch deutlicher jedenfalls, als das die “Reallohnrettungs”-Tarifkunden der IG Metall in den letzten Jahren schon beschafft haben.

- Dafür, daß 10.000 Leute für den Rest des Jahrhunderts bei Arbed ein Geld verdienen, gibt es keine Garantie. Das muß sich im Konkurrenzkampf mit den anderen Stahlunternehmen erst herausstellen - und die warten natürlich nicht ab, bis Arbed sie mit seinen Billiglöhnen ausbootet.

Alles in allem eine würdige und gelungene Fortsetzung der “Arbeitsplatzsicherungs”-Kampagnen, die bei Arbed Saarstahl schon eine langjährige Tradition haben. Erst vor einem Jahr wurde die Sanierung des Unternehmens versprochen, wenn die Arbeiter die Hälfte ihres Weihnachtsgelds für ,82 und ,83 dem Unternehmen stunden würden. Diese Lohnsenkung ohne Gegenleistung hat so gut geklappt, daß man sie dieses Jahr gleich in großem Stil wiederholt hat - siehe oben. Das erpresserische “Argument” ist das gleiche wie voriges Jahr: Sonst wird die Firma gleich ganz geschlossen, und *alle* kriegen nur ihren normalen Arbeitslosen-Satz. Man sieht: Wer sich einmal auf dieses “Argument” einläßt, dem wird damit nur eine Erpressung nach der anderen aufgemacht - und jede neue ist unverschämter als alle bisherigen.

Das Staatsinteresse

Die Regierung gewährt ihren Zuschuß nur unter der Bedingung, daß mit der Belegschaft hinreichend brutal verfahren wird. Dem Gemeinwohl dient sie damit gleich mehrfach:

- Erstens stellt sie klar, daß der Lebensunterhalt von ein paar tausend saarländischen Stahlkochern dem Staat keine dauernden Zuschüsse wert ist. Unternehmen sollen sich lohnen oder zumachen; *Gewinnemachen* ist demokratische Pflicht des Eigentums und sonst nichts. Wenn Arbed das mit den einigen hundert Millionen vom Bund und den beschlossenen Lohnsenkungen nicht schafft, dann macht “der Steuerzahler” nicht mehr mit - jene bemerkenswerte Figur, auf die eine Regierung sich immer dann beruft, wenn sie *a n ihren Bürgern sparen* will.

- Zweitens geht es bei den Bedingungen, die die Regierung diktiert - Lohn- und Sozialplansenkungen -, nicht bloß um die paar Millionen, die das Unternehmen dadurch an Lohnkosten spart. Der Regierung kommt es auf ein *leuchtendes Beispiel* an. Ein praktisches Beispiel dafür, daß Abfindungsverträge durchaus unter dem Existenzminimum eines Mitteleuropäers liegen dürfen und auch nachträglich gesenkt werden können. Ein praktisches Vorbild dafür, daß der Lohn nicht mehr bloß dadurch zu senken ist, daß Zulagen wegfallen und bei steigenden Preisen die Anzahl der D-Märker gleich bleibt: die Lohnziffer selbst darf kein Tabu mehr sein.

- Und für diesen edlen Zweck, die Verarmung zu beschleunigen, ist die Anordnung eines Haustarifs bei Arbed nicht bloß ein vorbildliches Beispiel. Der Einheitstarif in der deutschen Stahlindustrie - bisher immer ein Billigangebot, mit dem die einzelnen Stahlunternehmer nach ihrem Gutdünken verfahren sind -- wird praktisch nach unten durchbrochen, was für alle Konkurrenten einen "Sachzwang" eröffnet, ebenfalls nach unten zu gehen: Das "Argument", sonst wäre die Schließung fällig, steht schließlich auch ihnen zu Gebote!

- Wenn sich so zeigt, daß die hochwissenschaftliche Tarifpolitik der IG Metall für die Existenzsicherung der Arbeiter überhaupt nichts bringt, und die heiligste Kuh des DGB, die "Tarifautonomie", öffentlich hingeschlachtet wird, so ist das der Regierung erst recht ganz recht. Zwar hat sie im deutschen Gewerkschaftswesen ohnehin keinen Feind; die neue Regierung will aber nicht einmal mehr den Schein dulden, als hätte sie in wirtschaftspolitischen Fragen auf etwas anderes Rücksicht zu nehmen als auf die Erfordernisse eines gelungenen Geschäfts.

Das Interesse der Gewerkschaft

an der Verwaltung der deutschen Arbeit und ihres sinkenden Preises verantwortlich mitzuwirken, muß also auch ganz schön zurückstecken. Entsprechend bitterlich beschwert sie sich über die staatliche Erpressung - allerdings nicht die der *Arbeiter* durch die "Alternative": 5.000 raus und Lohnsenkungen oder Totalschließung. Uiese Erpressung hat die Gewerkschaft mit ihrer Bettelei um den "Erhalt von Arbeitsplätzen" schon längst unterschrieben und mit durchgesetzt. Aber daß *ihre* Leute ganz öffentlich ultimativ aufgefordert wurden: Zustimmung bis 12 Uhr mittags oder vorzeitiges Filmende - ohne Chance, "das Gesicht zu wahren" -, das geht der IG Metall zu weit. Der Fall Autoindustrie

Massenhaft Arbeitslose ohne Massenentlassungen

Die Automobilindustrie meldet stolz ihren rasanten Aufschwung - und gleichzeitig dessen *Kosten*: Die beiden Branchenführer vermindern ihre Belegschaft. Der *Erfolgskonzern Opel* will in den nächsten fünf Jahren 12.000 Arbeitsplätze "einsparen", also ein Fünftel aller "Mitarbeiter". Der *Nationalkonzern VW* hat sich für seinen Arbeitsplatzabbau, der schon seit einem Jahr planmäßig läuft, ein Ziel von 13.000 Mann Verringerung bis 1987 gesteckt - ungefähr jeder achte "Mitarbeiter".

Beide Konzerne machen für ihre Maßnahmen keine "Notlage" des Betriebs geltend, sondern "argumentieren" mit der lieblichen Notwendigkeit, den Erfolg auch für die Zukunft zu sichern. Und sie "versüßen" ihr menschenfreundliches Programm mit einem Versprechen: Zu betriebsbedingten Entlassungen, gar zu meldepflichtigen Massenentlassungen, wollen sie es nicht kommen lassen.

- Opel will jede Chance nutzen, seine Alten vorzeitig loszuwerden: Das kostet bloß eine Aufstockung des Arbeitslosengeldes um ein paar Prozente, und auch das höchstens für zwei

Jahre. Außerdem soll die "natürliche Fluktuation" konsequent ausgenutzt werden.

"Natürlicherweise" werden nämlich immerzu Leute rausgeschmissen - aus "persönlichen Gründen" -, sterben weg oder halten es nicht mehr aus. In solchen Fällen wird jedesmal gleich die Stelle gestrichen. So erspart man sich ganz jeden Sozialplan und jede Abfindung und kommt
5 trotzdem auf einige tausend eingesparte Lohnarbeiterposten im Jahr.

Die IG Metall findet diese Praxis übrigens sehr gemein und verweist auf das leuchtende Vorbild von VW, wo es ihres Erachtens viel menschlicher zugeht. Dort hat die Gewerkschaft im Aufsichtsrat nämlich mehr Einfluß, und deswegen läuft es dort so:

- VW nutzt jede Chance, seine Alten vorfristig in den Ruhestand zu schicken, sowie die
10 "natürliche Fluktuation" zur Verminderung der Belegschaft. Im Jahr kommt das Unternehmen so auf über 6.000 Abgänge, und das ohne eine Schwemme von Kündigungsschreiben und Abfindungen. Das sind sogar mehr, als das Unternehmen zur Zeit überhaupt loswerden will. Also gibt es großzügig die - jederzeit widerrufliche - "Garantie", die eigenen Lehrlinge nach Ende ihrer Ausbildungszeit auch als Arbeiter einzusetzen. Diese menschenfreundliche Großtat ist es,
15 was die Gewerkschaft ihrem Volks-Konzern so zugute hält!

Vorgesorgt haben beide Unternehmen dafür, daß die *Arbeit* der wegfallenden Kräfte auch nicht eine Woche liegenbleibt. Es muß ja nicht immer eine neue Maschine sein, die genau so viel Arbeit spart, wie Leute auf "natürlichem" Wege gegangen werden. Ein bißchen mehr "Flexibilität" auf Seiten der Weiterbeschäftigten tut es auch. Mit anpassungsfähigen Pausenregelungen,
20 Übertunden und Sonderschichten wird jeder "Engpaß" vermieden. VW ist auch hier schon einen zukunftsweisenden Schritt weiter: Übers ganze Jahr hinweg sollen die "Mitarbeiter" frei einsetzbar sein, je nach den aktuellen Betriebsbedürfnissen. Mit einem Kontrakt über eine *Jahresarbeitszeit* wird der Mensch zum konjunkturgerecht verfügbaren Tagelöhner seines Betriebs - das Unternehmen spart sich dadurch die Lohnzuschläge für Überstunden und Sonderschichten sowie die ständigen Verhandlungen mit seinem Betriebsrat. Ein "Modell", das "in
25 die Landschaft paßt"!

So wird ganz ohne Skandal und großes Theater für eine Sicherheit gesorgt: Die Arbeitslosenzahlen steigen weiter. So wird sie nämlich gemacht, die viel bejammerte Arbeitslosigkeit der Jugendlichen, der "Schwervermittelbaren" usw.: Sie kommen gar nicht erst
30 rein ins Arbeitsleben.

*

Ideologisch ausgeschmückt und der Menschheit in Beschwerdeform nahegebracht werden die Sparpläne und -praktiken der Erfolgsbranchenführer von den zuständigen hauptberuflichen
35 Arbeitnehmervertretern mit den üblichen dummen Sprüchen. Da soll in dem einen Betrieb, es geht um das VW-Werk in Hannover, "die 16.000-Arbeitnehmer-Grenze nicht unterschritten werden" - sonst wird's wohl zu einsam in der Werkshalle? Der Opel-Aufsichtsrat soll bitteschön "nicht wieder das häßliche Gesicht des Multis" zeigen - Gewerkschafter stehen eben auf

treudeutschen Blau-Augen! Daß der Unternehmensvorstand als Grund für den Arbeitsplatzabbau
“ausschließlich und konkret nur die Erhöhung der Gewinne” genannt hat, gefällt den wackeren
Betriebsräten von Opel gar nicht - offenbar möchten sie diese banale Wahrheit wenigstens ein
5 “Sicherung der Arbeitsplätze”, das wird man sich doch auch bei General Motors wohl noch
merken können! Besonders stolz sind die Opel-Betriebsräte aber auf ihre List, dem Aufsichtsrat,
der immer mit der japanischen Konkurrenz dahergekommen ist, einen
Rationalisierungsschutzplan vorgelegt zu haben, der genau dem Modell des japanischen
Automobilherstellers Nissan entspricht - die Blödmänner von der Unternehmensleitung haben
10 das noch nicht einmal bemerkt und einfach abgelehnt.

Pardon: Wer ist da der Blödmann?